

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Digitalisierung unseres Lebens schreitet voran. Gerade in Zeiten von Corona hat sich die Digitalisierung beschleunigt, vor allem im schulischen und im Arbeitsalltag. Wir haben nun die Weichen für eine zügigere Digitalisierung unserer Schulen gestellt.

Eine interessante Lektüre wünscht
Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Digitalisierung der Schulen

In den vergangenen Jahren ist die Digitalisierung der Schulen vorangeschritten. Bereits vor fünf Jahren hatte die Stadtverwaltung hierfür den [Medienentwicklungsplan](#) (MEP) für die allgemeinbildenden Schulen angeschoben und im vergangenen Jahr die Evaluation zur Entwicklung und das „[Rollout](#)“ [zum MEP](#) vorgestellt.

Zuvor hatten Bund und Länder mit dem [Digitalpakt Schule](#) Mittel dafür bereitgestellt, die Schulen bzw. den Schulunterricht schneller zu digitalisieren.

Mit dem Lockdown im Frühjahr ist allerdings deutlich geworden, dass die Digitalisierung von Schulen und Unterricht beschleunigt werden muss. Die Verwaltung hat – auch vor diesem Hintergrund – nun ihren Plan zur [Umsetzung des Medienentwicklungsplans](#) vor-



Startseite des Portals www.schulen-hannover.de – Screenshot

stellt. So sollen in den nächsten beiden Jahren alle Schulen in unserer Stadt mit WLAN, digitalen Tafelsystemen und weiterer digitaler Ausstattung versorgt werden. Außerdem hat die Schulverwaltung ein modernes [Intranetportal](#) eingerichtet, das die Bereitstellung von Lerninhalten und die Kommunikation innerhalb der Schulen deutlich verbessert. Dieses Portal bietet einige Zusatzfunktionen, die gängige Bildungsportale (wie zum Beispiel iServ) nicht bieten. Dafür richtet die Verwaltung einen zentralen Support ein und schafft hierfür insgesamt acht neue Stellen. Die Mittel für die digitale Ausstattung sollen aus dem DigitalPakt des Landes Niedersachsen kommen. Diesem Vorhaben hat der Schul- und Bildungsausschuss am vergangenen Mittwoch (09.12.) einstimmig zugestimmt.

Aus dem Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

Um den Ausbau der Solarenergie in unserer Stadt voranzutreiben, hatten wir im vergangenen Jahr die Verwaltung beauftragt, [Leitlinien zum Ausbau der Photovoltaik](#) zu erarbeiten. Ziel unseres Antrages war es, bei Grundstücksverkäufen der Stadt oder bei städtebaulichen Verträgen für die Neubauten auf den entsprechenden Grundstücken künftig den Aufbau einer Photovoltaikanlage zu fordern. Dabei sollten die örtliche Situation und die Eignung des Gebäudes geprüft sowie die Verhältnismäßigkeit abgewogen werden. Die Verwaltung ist dem nachgekommen, und am vergangenen Montag (07.12.) wurde die neue [Solar-Leitlinie](#) Hannovers im Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen verabschiedet.

Beschlossen wurde im Ausschuss ebenfalls, dass die Landeshauptstadt Hannover dem „[Insekten-Bündnis für Hannover](#)“ beitreten solle. Die Deklaration hierzu hatte die Verwaltung mit verschiedenen Interessenverbänden erarbeitet, darunter der Kleingärtnerverband, die Bürgerinitiative Umweltschutz, der BUND, der NABU, die Deutsche Umwelthilfe, der Kreisimkerverein, das Landvolk, die Landwirtschaftskammer Niedersachsen und das Institut für Umweltplanung an der Leibniz Universität. Unsere Stadt geht damit die Selbstverpflichtung ein, mit einem Bündel aus verschiedenen Maßnahmen, die Zahl der Insektenarten und die Stärke der Insekten-Populationen zu erhöhen. Dafür sollen die Lebensräume für Insekten gesichert und erweitert sowie negative Einflüsse verringert werden. Die Stadtgesellschaft soll durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit und durch Maßnahmen der Umweltbildung in den anstehenden Prozess eingebunden werden. Auch dieses Vorhaben geht auf einen Antrag zurück, in dem wir unter dem Motto „[\(In\) Hannover blüht was](#)“ verschiedene Forderungen zum Insektenschutz aufgestellt hatten. So sollten vermehrt heimische Blühpflanzen auf städtischen Flächen, auch Randstreifen von Wegen, Gewässern und Wäldern, angesiedelt und auf diese Weise zugleich das Erscheinungsbild von Freiflächen im Stadtgebiet verbessert werden.

Neuer Name für den Lokalen Integrationsplan gesucht

Um die Integrationsarbeit Hannovers den Erfordernissen unserer Zeit anzupassen, hatten wir zum Haushalt 2019/2020 – unter dem Arbeitstitel

Logo des LIP 2.0 – © LHH.



[LIP 2.0](#) – beantragt, den [Lokalen Integrationsplan](#) (LIP) umzuarbeiten und neu aufzulegen. Die Arbeit an dieser Neuauflage, an der zahlreiche Interessengruppen beteiligt worden sind, ist inzwischen so weit vorangeschritten, dass derzeit ein neuer Titel für den LIP 2.0 gesucht wird.

Alle Hannoveraner*innen sind nun aufgefordert, bei dieser Namenssuche [mitzumachen](#): Zur Wahl stehen „Lokaler Interaktionsplan LIP 2.0. Migration und Teilhabe in Hannover“ und „Wir sind Hannover – Zusammenleben in der Stadt. Strategien für Migration und Teilhabe“.

Anträge

Im Rahmen der neuen [Stellplatzsatzung](#), die auf unseren [Antrag](#) im Frühjahr dieses Jahres beschlossen worden ist, wurde auch für Kindertagesstätten eine Mindestausstattung mit Parkplätzen gefordert. Im innerstädtischen Bereich sind derartige Flächen aber gar nicht vorhanden, und Kinder werden hier oft zu Fuß oder mit dem Rad in die Einrichtungen gebracht. Wir haben deshalb am vergangenen Dienstag (08.12.) einen Antrag beschlossen, wonach die Mindestanzahl für Stellplätze an Kitas reduziert werden soll. Unsere Partner von Grünen und FDP müssen dem nun noch zustimmen.

Eine Stadt für alle.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse, Lars Kelich.
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de,
Facebook: <https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover>, Instagram: <https://www.instagram.com/spdrathannover/>,
Twitter: <https://twitter.com/spdrathannover/>
Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.